



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Mai 2018

Auch auswärts aktiv ...



Leider waren es nur vier GenossInnen, die sich nach Lübeck zur Unterstützung des Kommunalwahlkampfes unserer GenossInnen aufgemacht hatten. Aber es hat Spaß gemacht ... (Bericht S. 6)

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe:

Freitag, 01.06.2018

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bezirksmitgliederversammlungen	S. 2
Diskussionsangebot	S. 3
Erklärung des gLV	S. 4
Diskussion mit ICAN	S. 5
Wahlkampf in Lübeck	S. 6
Mut gegen Armut, Berichte	S. 7
AG queer Stadtfest St. Georg	S. 11
Pflegenotstands AG	S. 11
SeniorInnenpolitik/Stadthaus	S. 12
Mietenmove	S. 13
Termine / Kontakt	S. 14

Bezirksmitgliederversammlung am 16.05.

Mittwoch 16.5.2018

18.00 - 22.00 Uhr

Kaffeewelt, Böckmannstr. 3,
20099 Hamburg

Die konstituierenden Tagungen des Hamburger Landesparteitags und des Bundesparteitags werden bestimmt sein von der strategischen Diskussion über die Aufgaben unserer Partei DIE LINKE.

Den Mitgliedern in Hamburg-Mitte soll auf der BMV die Möglichkeit gegeben werden, vor dem Hintergrund dieser drängenden Fragen die (Leit-)anträge und Bewegungen in der Partei zeitnah zu diskutieren und ggf. Änderungsanträge zu stellen.

(Frist für Änderungsanträge an den Landesparteitag 18. Mai 2018 und an den Bundesparteitag 24. Mai)

Der Bezirksvorstand bittet darum, Änderungsanträge und Anträge an den LPT und BPT möglichst frühzeitig an info@die-linke-hamburg-mitte.de zu senden, damit wir diese allen Mitgliedern zugänglich machen können.

Die Tagesordnung wird zusammen mit der endgültigen Einladung und bis dahin eingereichten Änderungsanträgen verschickt.

Bericht der Bezirksmitgliederversammlung vom 10.04.2018

Am 10.04.2018 haben über 30 GenossInnen an der Bezirksmitgliederversammlung (BMV) zur Wahl der 2 Bundesparteitagsdelegierten aus unserem Bezirk und des Bezirksvertreters im Landesvorstand teilgenommen.

Zunächst wurde mit deutlicher Mehrheit der Antrag einiger GenossInnen beschlossen, künftig wieder monatlich BMVen zu aktuellen Themen auszurichten. Es wurde zwar angemerkt, dass dies nicht automatisch eine bessere und aktivere Parteikultur herbeiführe, aber die Mehrheit kam zu der Überzeugung, dass regelmäßige beschlussfassende Versammlungen notwendig sind, um eine lebendige Parteikultur und den Aufbau der Partei von unten nach oben voranzubringen.

Im Anschluss daran wurde **Kerstin Fremder-Sauerbeck** als Bundesparteitagsdelegierte für die nächsten 2 Jahre wiedergewählt. Sie hatte u.a. betont, für Klarheit in der Friedensfrage eingreifen zu wollen. Und sie freute sich, über die nun wieder regelmäßigen BMVen ihr Eingreifen auf Bundesebene auf einer engen Verbindung zur Parteibasis aufbauen zu können. **Maureen Schwalke** wurde zu ihrer Stellvertreterin gewählt.



Auf der gemischten Liste sorgte eine Stimme Vorsprung dafür, dass **Kristian Glaser** zum Bundesparteitagsdelegierten gewählt wurde und **Jürgen Olschok** zu seinem Stellvertreter. Kristian hatte betont, dass er gegen die Tendenz dazu, sich marketingorientiert nach den Anforderungen der Medien zu richten, in der Partei für eine neue Souveränität in der Wahrnehmung ihrer Oppositionsrolle wirken will.

Eine nächste Gelegenheit, die Arbeit auf Bundesebene mitzugestalten besteht schon sehr bald bei der für den 16.05. in die Kaffeewelt eingeladenen BMV.

(Leit-)Anträge zum Bundesparteitag sind online verfügbar unter:
<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018>

Lasst uns unsere Partei gemeinsam gestalten, damit wir unsere Ziele Wirklichkeit werden lassen!

Alexander Benthin

Diskussionsangebot an die Basisorganisationen/Stadtteilgruppen

Liebe Genossinnen und Genossen,

zuerst einmal möchten wir uns für Euer Vertrauen bedanken, das Ihr uns mit der (Wieder-)Wahl zu Bundesparteitagsdelegierten entgegengebracht habt. Das heißt aber nicht, dass wir das für Euch da beim Parteitag erledigen werden und Ihr somit Eure Ruhe habt. Denn was wir dort vertreten, soll auf Grundlage einer gemeinsamen Positionierung an der Basis geschehen. Dafür gibt es den Austausch in den Mitgliederversammlungen, der auch ermöglicht, noch Anträge und Änderungsanträge an den Bundesparteitag zu formulieren. Darüber hinaus möchten wir aber auch gerne in den Basisgruppen mit Euch diskutieren und mögliche Anträge vorbereiten bzw. die Positionierung zu bereits vorliegenden Anträgen anderer Gruppen mit Euch schärfen. Das eröffnet auch die Möglichkeit, die strategische Orientierung des Leitetrags oder einzelne Themen zu vertiefen, die Euch wichtig sind. Die BO Wilhelmsburg-Veddel hat uns bereits für den 07.05. eingeladen, und so freuen wir uns auch auf Einladungen Eurer BO/Stadtteilgruppe. Denn es geht um viel. Die strategische Ausrichtung der Partei für die nächsten Jahre wird Thema sein: Wollen wir die Partei der Fraktionen oder die der Menschen sein? Geht es um Frieden und die gerechte Verteilung aller Ressourcen oder um das kleinere Übel im schlechten System? Wollen wir uns positionieren bzw. an unseren gemeinsamen Positionen fest-

halten oder wollen wir uns anderen Positionen öffnen bis zur eigenen Unkenntlichkeit? Sammeln oder Überzeugen? Um nur ein paar der anstehenden Fragen zu nennen. Die Antworten auf diese Fragen werden Einfluss haben auf die nächsten Wahlkämpfe und auch darauf, ob mit der LINKEN Koalitionen möglich sind oder ob wir eigenständig und unverkennbar für wirkliche Verbesserungen kämpfen und dafür mehr und mehr MitstreiterInnen gewinnen. Deshalb freuen wir uns auf spannende Diskussionen mit Euch!

Mit solidarischen Grüßen

Kerstin Fremder-Sauerbeck und Kristian Glaser
(fremdes@gmx.de und kristianglaser@aol.com)

P. S.

Die ersten Materialien für den Bundesparteitag Anfang Juni in Leipzig sind online: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018/

Das sind: Antragsheft 1 (Leitantrag des PV), der gesonderte Friedensantrag des PV und Anträge zu Satzung und Schiedsordnung. So will die Schiedskommission allen Ernstes Parteistrafen einführen (z. B. Aberkennung des Wahlrechts), und das Forum demokratischer Sozialismus ("Regierungssozialisten") will das Erfurter Programm beerdigen.

BMV am 23.04.2018 / Interview Sabine/Cansu

Die BMV führte eine ausführliche Diskussion zur Situation der Partei mit besonderem Augenmerk auf das in der „Welt“ veröffentlichte Interview der beiden Fraktionsvorsitzenden, in dem Gespräche mit der SPD nach der Bürgerschaftswahl in Aussicht gestellt werden. Siehe dazu auch die Erklärung des geschäftsführenden Landesvorstands auf S.4.

Außerdem lag ein Antrag vor, den vor der BMV versandten Antrag „Für einen linken Aufbruch in Hamburg“ einiger GenossInnen an den Landesparteitag zu unterstützen. Diese Unterstützung wurde mehrheitlich beschlossen.

Gegen Ende der Versammlung wurde ein Meinungsbild erstellt zum folgenden Antrag des Genossen Glaser:

"Der Bezirksverband Hamburg-Mitte lehnt das von den Vorsitzenden der Bürgerschaftsfraktion

über die Medien an SPD und Grüne gegebene Koalitionsangebot ab. Die Bezirksmitgliederversammlung beauftragt den Bezirksvorstand, auf entsprechende Anträge anderer Bezirksverbände zum Landesparteitag zu achten und sie zur Unterstützung der nächsten Mitgliederversammlung vorzulegen."

Der erste Satz wurde nicht von allen so wahrgenommen. Der zweite Satz fand große Zustimmung, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass zum Zeitpunkt der BMV noch kein Leitantrag des Landesvorstands veröffentlicht war

Inzwischen liegt der Leitantrag im Netz vor:

<http://www.die-linke-hamburg.de/partei/landesparteitag/6-parteitag/1-tagung/leitantrag.html>

besel

Erklärung des Geschäftsführenden Landesvorstands

Hamburg, im April 2018

Liebe Genossinnen und Genossen, in den vergangenen Tagen wurde in der "WELT" unter der Überschrift „Hamburger Linke sind offen für Gespräche mit der SPD“ ein Interview mit unseren Fraktionsvorsitzenden Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir veröffentlicht. Die Aussagen im Interview waren nicht mit der Partei abgesprochen.

Unsere politische Arbeit hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass der Druck auf SPD und Grüne, über einen Richtungswechsel weg von der neoliberalen Politik nachzudenken, größer wird. Neben dem Durchsetzen von konkreten Verbesserungen aus der Opposition heraus – aktuell unserer Unterstützung für die sehr erfolgreich gestartete Volksinitiative für mehr Personal in Hamburgs Krankenhäusern – ist die Erhöhung des gesellschaftlichen Drucks wesentlicher Bestandteil unsere politischen Strategie.

Der Ort für Debatten über politische Konstellationen ist aber die Partei: Sie entscheidet darüber auf Parteitag und in Urabstimmungen. Eine Debattenführung über bürgerliche Medien entspricht nicht unserer Vorstellung von innerparteilicher Debattenkultur

Unsere Aufgabe ist es nicht, die Mitgliedschaft mittels der Presse über laufende Debatten zu informieren, sondern Diskussionen und Entscheidungen auf Mitgliederversammlungen und in den Gremien der Partei zu fördern und zu ermöglichen. Und wir wissen, dass wir nur Wenige mit öffentlichen Debatten über mögliche Konstellationen nach den nächsten Bürgerschaftswahlen überzeugen werden, sondern nur mit konsequenten Forderungen und dem Willen, diese auch durchsetzen zu wollen.

DIE LINKE steht für eine konsequent soziale Politik. Unsere Beteiligung an Volksinitiativen und außerparlamentarischen Bewegungen zeigt, dass wir an der Seite der Menschen stehen. Mit ihnen haben wir Erfolge erzielt, wie beim Volksentscheid "Unser Hamburg – unser Netz", "NOlympia" oder dem ersten Schritt der Volksinitiative für mehr Personal in Krankenhäusern, die gegen den damaligen SPD- und jetzt rot-grünen Senat erkämpft wurden.

SPD und Grüne halten auch unter dem neuen Bürgermeister Tschentscher an ihrer Kürzungs politik fest. Ein Umdenken in sozialen Fragen ist derzeit nicht ersichtlich. Wir stehen in deutlicher Opposition zur Sozialkürzungspolitik von SPD und Grünen. Wir werden uns nicht als Mehrheitsbeschafferin für ein Weiter-So des rot-grünen Senats hergeben, sondern den Druck auf die rot-grüne Koalition erhöhen und um eine gesellschaftliche Mehrheit für einen grundlegenden Politikwechsel kämpfen.



DIE LINKE beim Ostermarsch (Foto: Reinhardt Schwandt)

DIE LINKE in Hamburg wird deshalb keine Lagerwahlkämpfe anstreben, sondern ihre Vorschläge und Ideen für eine soziale, demokratische und solidarische Stadt in den Mittelpunkt der anstehenden Wahlen zu den Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft in 2020 stellen. Wenn wir die Bezirks- und die parallel stattfindenden Europawahlen im kommenden Jahr erfolgreich gestalten wollen, müssen wir unsere Forderungen von einer friedlichen Außenpolitik, dem Stopp von Rüstungsexporten und dem Ende der rot-grünen Abschiebepolitik bis hin zu bezahlbaren Mieten für alle in Hamburg lebenden Menschen klar formulieren und sie gemeinsam in die Öffentlichkeit tragen.

Partei und Fraktion sind sich angesichts dieser Tatsachen bewusst, dass eine engere Zusammenarbeit für eine konstruktive Politikentwicklung notwendig ist und werden den gemeinsamen Austausch verbessern.

Mit solidarischen Grüßen
Geschäftsführender Landesvorstand

Die LINKE Hamburg – AG Frieden und Internationale Politik und Die LINKE St. Georg

Diskussionsveranstaltung Ist die Abschaffung aller Atomwaffen unrealistisch?

mit VertreterInnen von ICAN

Mittwoch, 2. Mai 2018, um 19.30 Uhr,

im Stadtteilcafé "Kaffeewelt",
Böckmannstraße 3 (nähe Hauptbahnhof/ZOB)

„Die Geschichte der Atomwaffen wird ein Ende haben, und es liegt an uns, was für ein Ende dies sein wird. Wird es das Ende der Atomwaffen sein oder unser eigenes Ende? Eines dieser beiden Szenarien wird eintreten. (...)

Es ist keineswegs naiv, an die erste Wahl zu glauben, und es ist keineswegs irrational zu denken, dass Atommächte abrüsten können. Es ist nicht idealistisch, an das Leben statt an Angst und Vernichtung zu glauben, sondern es ist eine Notwendigkeit.

Wir alle stehen vor dieser Entscheidung.“

(Rede von Beatrice Fihn von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) bei der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo am 10.12.2017)

Seit eh und je werden FriedensfreundInnen als Idealistinnen, Spinner oder Angsthasen denunziert. Die menschliche Natur sei nun einmal konkurrenzhaft und kriegerisch, die machtpolitische Realität anzuerkennen, einzig Abschreckung sichere den Frieden usw. Dennoch haben sie – haben wir – nie aufgehört gegen Militarismus und Konfrontation zu kämpfen, weil es um ein gutes Leben der Menschheit in Frieden zur gerechten und gemeinschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft geht.

Mit dem enormen Atomwaffenpotential kann die Welt mehrfach vernichtet werden („overkill“). Etwa 15000 Sprengköpfe existieren in den neun Atomwaffenstaaten, 20 davon sind im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der NATO im rheinland-pfälzischen Büchel gelagert. Die USA drohen offen mit Vernichtungskrieg und beabsichtigen, ihre Atomwaffen zu „modernisieren“: Sogenannte Mini-Nukes, jede einzelne von der Zerstörungskraft der Bombe auf Hiroshima, sollen einen Krieg mit atomaren Waffen erklärtermaßen führbar machen, um den ökonomischen und politischen Führungsanspruch der USA zu verteidigen und auszubauen. Daher wurde die „Atomkriegsuhr“ des „Bulletins of the Atomic Scientists“ im Januar auf zwei Minuten vor zwölf vorgestellt – so „spät“ war es seit 70 Jahren noch nie.

Der Friedensnobelpreis 2017 wurde an ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) verliehen, einen Zusammenschluss von Ärzten, Wissenschaftlerinnen und Friedensbewegten, zu denen auch die Hibakusha, die Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, gehören. ICAN arbeitet seit über zehn Jahren auf ein völkerrechtliches Verbot aller Atomwaffen hin. Gegen die „nationalen Sicherheitsinteressen“ und die Doktrin der Abschreckung heben sie die katastrophalen Konsequenzen von Atomwaffen bis zur vollständigen Vernichtung der Menschheit hervor und setzen auf das einzig Vernünftige: die Atomwaffen gänzlich abzuschaffen.

Mit dem mutigen und kompromisslosen Einsatz für eine menschliche Welt ohne Angst und Krieg gelang ICAN im Juli 2017 ein historischer Durchbruch: Zeitgleich zum G20-Gipfel in Hamburg beschloss eine Mehrheit von 122 Staaten in der UN-Generalversammlung das verbindliche Verbot aller Atomwaffen, das waren zwei Drittel der UN-Mitglieder. Die Atommächte verweigern sich dem Verbot. Mittlerweile haben aber 57 Staaten den Vertrag unterschrieben, damit ist er wirksam geworden. Das zeigt, was erreicht werden kann, wenn viele sich zusammentun und sich nicht einschüchtern lassen, sondern beharrlich auf die Kraft des Arguments setzen. Das erhöht den Druck der Weltbevölkerung zu Abrüstung und Verständigung enorm. VertreterInnen von ICAN sehen darin den Anfang vom Ende des „Atomzeitalters“.

Wir haben Hamburger VertreterInnen des Friedensnobelpreisträgers ICAN und Aktive für den Abzug der US-Atomwaffen in Büchel eingeladen, um gemeinsam zu diskutieren – wozu wir Dich und Sie herzlich einladen:

- (Warum) ist eine atomwaffenfreie Welt realistisch?
- Was muss sich ändern, damit atomare Waffen und die Doktrin der Abschreckung aus dem Leben der Völker verbannt werden?
- Was motiviert dazu, sich mit den mächtigsten Staaten anzulegen?
- Was kann man tun vor Ort und international?

(Flugblatt der AG Frieden und internationale Politik/Stadtteilgruppe St. Georg)

Wahlkampfunterstützung Lübeck



Während ich auf der Bezirksmitgliederversammlung saß und mir überlegte, was ich am Wochenende mache, kam von der Sitzungsleitung der rettende Hinweis, dass für eine Verteilaktion im Rahmen einer Wahlkampfhilfe zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein in Lübeck noch MitstreiterInnen gesucht werden. Das letzte Mal war ich vor mehreren Jahrzehnten in Lübeck. Warum nicht eine Stadtreise dorthin.

Also schnell mein Interesse bekundet und sich am Sonnabend um 11:45 vorm Reisezentrum am Hauptbahnhof verabredet. Am Hauptbahnhof dann warteten wir zu viert auf weitere GenossInnen, die vielleicht noch kommen würden. Sie kamen nicht. So nahmen wir die Bahn um 12:04 nach Lübeck. Dort angekommen würden wir freundlich von Lübecker GenossInnen empfangen. Das Wetter war wie zu Hause: Nieselregen. Meinen Wunsch

erst mal einen Kaffee trinken zu wollen wurde mit dem Hinweis auf später zurückgestellt. Wir teilten uns für verschiedene Gebiete ein und los ging es.

Unsere vierköpfige Gruppe sollte auf der Altstadtinsel Zeitungen verteilen. Also vom Bahnhof am Lübecker Tor vorbei in die Altstadt. Von der Altstadt habe ich – man kann es sich denken – hauptsächlich Briefschlitze gesehen. Kleine, große, breite und meistens so schmale, dass es schwierig war die Zeitungen in den Briefschlitz zu quälen. Oft waren die Briefschlitze so dicht über dem Boden eingelassen, dass man sich bücken musste. Postbote in Lübeck möchte ich nicht sein. Interessant fand ich auch die kellergangarti-



gen Zugänge. Durch diese Zugänge kommt man in Hinterhöfe, in denen sich alte kleine Häuschen oft mit einem kleinen Garten für die damals ärmere Bevölkerung finden. Heute werden diese Häuschen gerne und oft als Wochenendhäuschen vermietet. Gentrifizierung gibt es auch in Lübeck.

Nachdem wir alle Zeitungen verteilt hatten, trafen wir uns im Parteibüro, um den Tag bei einem guten Essen (Lauch-Kartoffelsuppe, Spaghetti Bolognese, Karamellcreme oder Mousse au Chocolat), an- und manchmal erregenden Gesprächen und ein paar Bier ausklingen zu lassen. Den lang vermissten Kaffee gab es hier dann auch endlich. Wollen wir hoffen, dass unser Einsatz zu einem guten Wahlergebnis für die Lübecker GenossInnen beiträgt.

Robert Biancofiore

Fotos auf dieser Seite und auf dem Titel: Katjana Zunft, DIE LINKE Hansestadtverband Lübeck



Die Linksfraktion macht »Mut gegen Armut«

Von Miriam Crass, Fachreferentin für Soziales in der Hamburger Linksfraktion



Wohnen in Eidelstedt – gut und günstig?, 21.2.18 (Foto: Miriam Crass)

Eigentlich geht es Hamburg doch gut: Die Wirtschaft wächst, die Steuern sprudeln. Aber trotzdem – die soziale Spaltung in der Stadt wird immer größer. Von Armut betroffen sind vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende und MigrantInnen. Mehr noch: Jedes vierte Kind wächst in Hamburg in Armut auf und fast 17% der RentnerInnen gelten als arm. Weil die Rente nicht reicht, müssen viele von ihnen weiterarbeiten: Seit 2003 ist die Zahl der SeniorInnen mit Minijob um 67% gestiegen. Und: Armut verteilt sich in Hamburg regional sehr unterschiedlich. Neben Stadtteilen mit einem sehr hohen Durchschnittseinkommen gibt es solche, in denen sich Armut, Sozialhilfebezug und schlechte Wohnverhältnisse konzentrieren. So müssen in Nienstedten nur etwa 0,5% der Kinder von Mindestsicherung leben und in Blankenese 0,7% – in Billstedt ist diese Quote etwa 63mal so hoch.

Die Viertel, in denen arme HamburgerInnen leben, sind auch die am stärksten lärm- und schadstoffbelasteten mit weniger Infrastruktur und einer schlechteren Gesundheitsversorgung. Zum Beispiel kümmert sich in Othmarschen ein/e Kinderarzt/ärztin um 995 Kinder, in Jenfeld dagegen um 4.937 – fünfmal so viel. Im Stadtteil Eimsbüttel gibt es 36 FrauenärztInnen, in Steilshoop gar keine.

Um mit Betroffenen, Engagierten und Initiativen über diese Missstände zu diskutieren, geht die

Fraktion DIE LINKE seit letztem Herbst mit ihrer Veranstaltungsreihe »Mut gegen Armut« in die Stadtteile. Dabei zeigt sich: Es gibt viel zu bereeden! Seit November letzten Jahres haben mehrere hundert HamburgerInnen zehn Veranstaltungen der Reihe besucht und die unterschiedlichen Aspekte und Auswirkungen von Armut in Hamburg diskutiert: Wie zeigt sich Armut von Kindern und Jugendlichen in Steilshoop? Wie wohnt es sich in Eidelstedt? Wie gelingt gute Integration in Eppendorf? Wo ist der politische Handlungsbedarf besonders groß? Welche Konzepte zur Bekämpfung von Altersarmut gibt es? Wie gelingt eine gute Gesundheitsversorgung in allen Stadtteilen?

Unter dem Motto »Soziale Infrastruktur – was brauchen wir im Stadtteil?« lud die Linksfraktion z.B. AnwohnerInnen und VertreterInnen sozialer Einrichtungen in Billstedt ein (s. auch den Bericht von Marion Fisch in diesem Mitteilungsblatt und den Bericht von Mehmet Yildiz und Yann Chaudesaigues im Mitteilungsblatt vom April). Statt Spielhallen und Shisha-Bars braucht es Angebote für Kinder und Jugendliche, Übungsräume sowie freie Räume für Meinungsaustausch und Mitgestaltung, so der Tenor des Publikums. Jugendliche müssen weit fahren oder treffen sich im Billstedt-Center, weil es an Angeboten fehlt. Hier gilt aber: Wer nicht konsumiert, muss gehen. Zwar habe es keine direkten finanziellen Kürzungen gegeben, so die Podiumsgäste, aber die finanzielle Ausstattung der Einrichtungen sei an die laufenden Kosten in den letzten zwanzig Jahren nicht angepasst worden. Konkret bedeutet dies dann doch Personalmangel in den Einrichtungen und weniger Geld für Honorare. So haben die meisten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit weniger als zwei Vollzeitstellen, viele sogar weniger als eine.

Zum Ende der Veranstaltungsreihe kehrt die Fraktion am 23. Mai zu einem Fachtag zurück ins Rathaus, um die Ergebnisse zusammenzuführen (siehe S. 8). Ziel ist es, Eckpunkte für ein Armutsbekämpfungsprogramm für Hamburg zu formulieren.

Mut gegen Armut: Politische Perspektiven für ein sozialeres Hamburg

Fachtag der Linksfraktion zum Abschluss der Veranstaltungsreihe

Mittwoch, 23. Mai 2018, 14.00 bis 18.30 Uhr, Rathaus, Kaisersaal

Gemeinsam mit ExpertInnen und Teilnehmenden möchte DIE LINKE vor dem Hintergrund der Veranstaltungsreihe politische Alternativen entwickeln: Wo ist der politische Handlungsbedarf besonders groß? Was muss politisch geschehen? Was soll in einem Armutsbekämpfungsprogramm für Hamburg aufgenommen werden? Hierzu laden die Fraktionsvorsitzenden Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir ein zu Referaten und Diskussion unter anderem mit:

- Alexander Fischer (DIE LINKE), Staatssekretär für Arbeit und Soziales in Berlin: »Armutsbekämpfung in Großstädten – Was kann Hamburg von Berlin lernen?«
- Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup: »Sozialpolitik statt Schuldenbremse«

Mehr Informationen unter www.linksfraktion-hamburg.de/event/mut-gegen-armut-politische-perspektiven-fuer-ein-sozialeres-hamburg-fachtag/.

Bessere Brötchen, mehr Raum für Soziales!

Marion Fisch über die »Mut-gegen-Armut«-Veranstaltung in Billstedt

Unter dem Titel »Soziale Infrastruktur – was brauchen wir im Stadtteil?« luden am 22. März VertreterInnen von sozialen Einrichtungen, einer Bürgerinitiative und Mehmet Yildiz von der Linksfraktion in der Bürgerschaft in den Kulturpalast Billstedt ein. Gut 60 Bürgerinnen und Bürger, Jüngere und Ältere, nicht wenige mit türkischem Migrationshintergrund, kamen, um über das Thema zu sprechen und auch konkrete eigene Bedürfnisse zu formulieren.

Einleitend erläuterte Dr. Johannes Richter von der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie/Rauhes Haus, was unter Sozialer Infrastruktur zu verstehen ist. Er machte darauf aufmerksam, dass der Begriff der Infrastruktur militärische »Wurzeln« hat und z.B. im Boden befindliche Leitungen als Voraussetzung für das Funktionieren des oberirdischen Kriegsgeräts umfasste. Hier aber ging es um die überwiegend seit Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Einrichtungen für die Bedürfnisse des Gemeinwesens. Als Funktionen sozialer Infrastruktur für Jugendliche nannte Richter, der auch in der Ombudstelle für Jugendhilfe tätig ist, insbesondere auf Billstedt bezogen: die eigenwillige Nutzung von Einrichtungen, den unentgeltlichen, durch den Staat finanzierten Charakter und die häufige Unterfinanzierung, die Ermöglichung von Selbstbildung (versus z.B. das Billstedt-Zentrum als Sozialraum, der vermarktet ist und bestimmte Gruppen ausschließt) und die Ermöglichung politischer Bildung im Sinne eines Lernens von Mitbestimmung in solidarischen Formen.

Karin Wienberg vom Verein des Stadtteilhauses »Horner Freiheit«, für dessen Bau sie sich jahr-

zehntelang engagiert hat, betonte die gute Zusammenarbeit der sozialen Einrichtungen in Horn, insbesondere auch in der Stadtteilkonferenz. Das 2016 endlich eingeweihte Gebäude ist ein Fortschritt, allerdings nicht ohne Wermutstropfen: Es ist jetzt schon zu klein für die Bedürfnisse vor Ort, und die finanzielle Ausstattung ist unzureichend. Es gibt keine feste Grundfinanzierung und nur eine $\frac{3}{4}$ -Personalstelle. Projekte werden jährlich vom Quartiersfonds bewilligt (in dem für ganz Hamburg 2 Mio. Euro enthalten sind), das führt zu Gerangel und nicht selten zu mangelnder Kontinuität. Eine »Selbstfinanzierung« ist utopisch, Vermietungseinnahmen viel zu gering. Zu den neun Einrichtungen, die im Haus ansässig sind, gehört die Bücherhalle, die einen großen Zuwachs an Nachfrage erlebt, zugleich aber eine deutliche Verkleinerung ihrer Fläche gegenüber dem alten Standort verkraften muss. Aktuell besteht die Sorge, wie sich der Bau der U4 zur Horner Geest auf die Horner Freiheit auswirkt, die von der Baustelle geradezu umzingelt wird.

Frappierend war für mich, dass Frau Wienberg über die Bauplanung nicht auf dem Laufenden gehalten wird und Mehmet Yildiz um eine Anfrage über den aktuellen Stand der Arbeiten bat. In mehreren, durchaus detaillierten Vorträgen im Regionalausschuss und zu Anfang der Planung in der Horner Freiheit selbst war suggeriert worden, dass Hochbahn und bezirkliche Bauplanung stetig im Dialog mit den Betroffenen seien – Plan und Realität klaffen offenbar auseinander. Zum Thema Armut äußerte Frau Wienberg, dass diese nicht nur materiell ausgeprägt sei, sondern insbesondere auch die Möglichkeiten sozialer Teilhabe betreffe. Auch bestehe zwar ein gutes Konzept für psychosoziale ambulante Hilfen, doch gebe es zu wenig Personal – ein generelles Problem bei

sozialen Einrichtungen. Wie sich die Auslobung Horns als Pilotprojekt zur Ermittlung der sozialen Infrastruktur auswirkt, sei fraglich – es könne positive Effekte geben, aber auch eine »Umkrempelung« bewährter dezentraler Einrichtungen. Schließlich wies sie auf sozialstrukturelle Daten hin – von den ca. 38.000 BürgerInnen in Horn haben etwa 50% einen Migrationshintergrund (bei den unter 18-Jährigen sind es 73%). Der Anteil der LeistungsempfängerInnen und der Alleinerziehenden ist überdurchschnittlich. Ein großes Problem ist die Wohnungsnot: Es gibt nur noch 1750 Sozialwohnungen in Horn, Tendenz sinkend. Gerade Familien leben oft in zu kleinen Wohnungen, was auch eine – versteckte – Armutsdimension darstellt.

weiter auf sich warten. Soziale Einrichtungen arbeiten am Rande der Belastbarkeit. Es gibt seit 20 Jahren zwar keine Kürzungen, aber wegen der höheren Betriebskosten faktisch doch geringere Mittel, überdies ist die Finanzkraft der Kirche heute weniger gut als früher.

Das Thema Obdachlosigkeit behandelte Max Bryan, der auf St. Pauli mit hohem ehrenamtlichen Einsatz ein Projekt mit Wohncontainern für Obdachlose ins Leben gerufen hat, um diese vor dem Erfrieren zu retten, und auch vom Hamburger Spendenparlament unterstützt wurde. Er beklagte vor allem, dass ihm vom Bezirksamt Mitte hohe Hürden bei der Suche nach Stellplätzen für die Wohncontainer in den Weg gelegt wurden (andere Bezirksamter seien flexibler).



Auf dem Podium v.l.n.r.: J. Richter, K. Wienberg, M. Yildiz, L. Omland, M. Bryan (Hamburg-Billstedt, 22.3.2018, Foto: M. Fisch)

Lars Omland von der »Jugendtage Mümmelmannsberg«, einer Institution der offenen Kinder- und Jugendarbeit im evangelischen (interkonfessionell genutzten) Gemeindezentrum, finanziert aus kirchlichen und öffentlichen Mitteln, beschrieb zunächst die Arbeit dieser Einrichtung. Sie ist fünfmal pro Woche geöffnet, bietet an drei Tagen Essen und jährlich Zeltferien für Jugendliche in Südfrankreich. Der Schwerpunkt ist gemeinsames Handeln der Jugendlichen, Berufs- und Suchtberatung. Auch er beklagt zu wenige Stellen, gerade in Mümmelmannsberg mit seiner schwachen soziokulturellen Infrastruktur und der hohen sozialen Benachteiligung, insbesondere unter Jugendlichen. Mehr Kooperation mit der Schule sei nötig, auch fehlten Räume z.B. für Feiern – das lange geforderte Bürgerhaus lässt

Die Diskussion zeigte reges Interesse und Betroffenheit der BürgerInnen. So prangerte ein Bürger türkischer Herkunft den latenten Rassismus bei Sozialgerichten an und wies auf die Diskriminierung älterer BürgerInnen mit Migrationshintergrund in den Seniorenbeiräten hin. Eine weitere Bürgerin beschrieb ihre bislang erfolglose Suche nach einem kostenlosen Raum für ihr Theaterprojekt. Das Thema mangelnder Räume für Jung und Alt illustrierte anschaulich eine junge Billstedterin: Im Stadtteil fehlten Räume mit Aufenthaltsqualität (ein Begriff, den sonst StadtplanerInnen gerne in den Mund nehmen), es gebe keine attraktiven Bäckereien,

stattdessen Spielhallen u.ä. Dabei sei die Prägung der Menschen durch ihre Umgebung allgemein wichtig für ihre kreative Entwicklung.

Die Schlussrunde unterstrich die genannten Defizite. Johannes Richter verwies auf merkbare, wenngleich vom Senat abgestrittene Verdrängungseffekte innerhalb des Hamburger Ostens, d.h. von Hamm in die weiter östlichen Stadtteile. Frau Wienberg erläuterte, dass die Sprinkenhof AG Vermieterin der Horner Freiheit ist, die Vereine seien indirekt Mieter über das Bezirksamt, sie bekämen die Räume zu einem an sich geringen Preis von 6 Euro/qm, was sich aber, gerade auch mit den Betriebskosten, zu beträchtlichen Belastungen summiere. Bezüglich der Situation in Billstedt verwies sie auf die zu geringe Kaufkraft vor

Ort (s.a. die Schließung der Thalia Buchhandlung). Mehmet Yildiz nannte als positives Beispiel die Rettung der Kantine im ehemaligen Ortsamt – nach großem öffentlichem Druck auf das Bezirksamt. Lars Omland erinnerte daran, dass das Einkaufszentrum in Mümmelmansberg durch mangelnden Umsatz eingegangen sei – als Spiegel der Stadtteilentwicklung: Anfangs war die Großsiedlung sozial gemischt, wurde dann zunehmend von ärmeren BewohnerInnen geprägt und erlebte eine Angebotsverarmung. Auch die zunächst von Genossenschaften eingerichteten Gemeinschaftsräume wurden weniger, z.T. auch wegen Verwahrlosung und Vandalismus sowie Klagen der Nachbarn über Lärmbelästigung – ein negativer Kreislauf, der mit ersatzloser Schließung endete. Zugleich gehe der Kontakt der Kinder mit der Arbeit ihrer Eltern oft verloren, diese hätten wegen mehrerer Jobs zu wenig Zeit für ihre Familien, es gebe ein hohes Suchtverhalten,

besonders Mädchen seien in ihrer Entwicklung eingeschränkt. Die Politik müsse handeln, Menschen nicht nur zu Rechenoperationen verkommen lassen – sie seien alle Mühe wert.

Fazit: Eine gelungene Veranstaltung, bei der »Politik« einen Dialog organisiert und den BürgerInnen zugehört hat. Etwas misslich war indes die terminliche Überschneidung mit der Sitzung der Bezirksversammlung Mitte. Denn solche Erkundungen in den Stadtteilen sind wichtige Gelegenheiten, um die soziale Spaltung in Hamburg nicht nur deutlich zu machen, sondern auch Wege zur Überwindung aufzuzeigen.

Marion Fisch ist Mitglied für DIE LINKE im Regionalausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenburgsort und in der Stadtteilgruppe Hahobo. Der Beitrag erschien zuerst im BürgerInnenbrief von Heike Sudmann und Christiane Schneider vom 16.4.2018.

Stadtfest St. Georg – DIE LINKE ist sichtbar dabei eine Einladung an alle Nicht-Delegierten

Am 26. und 27. Mai wird parallel zum Landesparteitag wieder das Stadtfest St. Georg stattfinden, auf dem auch die Landes-AG DIE LINKE.queer Hamburg und damit natürlich auch unsere Partei DIE LINKE vertreten sein wird. Auf diesem Fest wird nicht nur die reichhaltige Geschichte des Stadtteils gefeiert, sondern auch dessen bunte Vielfaltigkeit: St. Georg ist ein Leuchtfener queerer Kultur. Davon zeugen nicht nur die vielen queeren Bars, sondern auch die Fülle an Veranstaltungen rund um queere Themen. Wir sind bei diesem Straßenfest dabei, um zu zeigen, dass unsere Partei sich für die queere Sache einsetzt. Vielen Menschen ist dies nämlich leider gar nicht so bewusst. Dies möchten wir natürlich ändern und haben dabei schon Erfolge erzielen können: Die Landes-AG DIE LINKE.queer hat einen ihrer SprecherInnen letztes Jahr auf diesem Straßenfest kennengelernt und überzeugen können in die Partei einzutreten.

In Zeiten, in denen die AfD in Parlamenten sitzt möchten wir ein klares Zeichen gegen Homo- und Transphobie, Frauenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus setzen. In der Bürgerschaft fällt die AfD durch frauenfeindliche, homo-, transphobe und rassistische Anfragen auf: Einmal wurde gefragt, ob und inwiefern queeren Geflüchteten besonderer Wohnraum zur Verfügung gestellt werde und wie viel dies koste und wieder ein anderes Mal nach Straftaten mit Bezug zur sexuellen Orientierung und wie viele der TäterInnen einen Migrationshintergrund hätten. Diese Anfragen sind entlarvend für die AfD-Fraktion und ihrer

ihr innewohnenden Ablehnung gegenüber queeren Menschen sowie ihrer Taktik queere Anliegen für ihre Hetze gegenüber MigrantInnen und insbesondere geflüchteten Menschen zu missbrauchen.

Jene Ablehnung ist auch aus dem Parteiprogramm der AfD ersichtlich, wo sie sich zur „traditionellen Familie als Leitbild“ bekennt. Es heißt dort, dass das „Gender-Mainstreaming“ [...] und die generelle Betonung der Individualität [...] die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit“ untergraben würden. Ferner „sorgen Mutter und Vater [in der Ehe] in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder“. Die AfD lehnt also Menschen, die transgeschlechtlich sind, und/oder sich nicht als alleinig weiblich oder alleinig männlich definieren und nicht heterosexuell sind, ab und propagiert ein Wertebild, das gegen die Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Verfassung verstößt. Um eine gesellschaftliche Rückentwicklung zu verhindern, ist also ein Engagement von links gegen Rechtspopulismus unbedingt erforderlich.

Für den Stand sucht die Landes-AG DIE LINKE.queer noch dringend helfende Personen. Interessierte schicken bitte eine E-Mail an: ag-queer@die-linke-hamburg.de.

Anna Rinne und Thomas Wening (SprecherInnen DIE LINKE.queer Hamburg)

Anmerkung eines St. Georgers: Ja, es macht manchmal sogar Spaß, auf diesem Fest am Info-

stand zu stehen. Aber mit dem Stadtteil hat es eher wenig zu tun, vor allem ist es eine Fress- und Saufmeile für Leute aus ganz Hamburg sowie Touristen. Das Stadteilfest von Einwohnerverein und ev. Kirchengemeinde ist deutlich klei-

ner, aber aus dem Stadtteil gestaltet und nicht kommerziell. In diesem Jahr wird es voraussichtlich anders als sonst gemeinsam mit der Eröffnungsfeier des Lohmühlenparks II stattfinden. besel

Pflegenotstand stoppen – Gesundheitsrat St. Georg gegründet



Vor der Übergabe der Unterschriften (Foto: Hermann Jürgens)

Ein Tag nach der offiziellen Presse-Mitteilung des HH Senats, dass die Volksinitiative zustande gekommen ist und 10.000 gültige Unterschriften abgegeben worden sind, hat sich am Mittwoch, 25. April der **Gesundheitsrat St. Georg** gegründet. Knapp 10 Beschäftigte aus dem Klinikum St. Georg und Anwohner*innen haben sich im Stadtteilbüro getroffen, um die nächsten Aktivitäten zu planen, damit der Druck auf die Politik nicht nachlässt. Bis Ende September hat der HH Senat jetzt nämlich Zeit, sich mit dem vorgelegten Gesetzentwurf – genannt *Petition* - der Volksinitiative zu befassen. Aber schon jetzt ist klar, dass man in der Politik nicht erfreut über den Änderungsvorschlag ist, um den Notstand in den Krankenhäusern durch eine Pflegepersonal-Regelung zu beenden.

Der **Tag des Pflegenotstands** steht vor der Tür: **am 12. Mai** soll eine Klagemauer vorm Krankenhaus enthüllt werden: mit Berichten über die Zustände im Krankenhaus, die oft lebensgefährlich sind. Z.B. haben die Pflegenden keine Zeit für ausreichende Händedesinfektion; Oberärzte ordnen an, dass die Dokumentation wichtiger sei als die Versorgung der PatientInnen, das Menschenleben ist nicht die Haupt- sondern Nebensache im Krankenhaus, wo die Gesundheit zu einer gewinnbringenden Ware geworden ist. Das ist pervers!

Die Initiative trifft sich jeden 2. Mittwoch im Monat, am 09. Mai um 17 -18 Uhr, im Stadtteilbüro St. Georg, Hansaplatz 9. Interessierte sind wie immer herzlich willkommen.

Regina Jürgens

SeniorInnenpolitische Forderungen im Bezirkswahlprogramm?!

Die bezirkliche Arbeitsgemeinschaft SeniorInnenpolitik hat sich bei ihrer Sitzung am 16. April mit dem Thema „Bezirkswahlprogramm 2019“ befasst. Im folgenden Stichwort für einen seniorInnenpolitischen Teil des Bezirkswahlprogramms. Dabei haben wir uns auf die Bereiche zu konzentrieren versucht, die von der Bezirkspolitik beeinflussbar sind. Das sollte grundsätzlich für alle Forderungen im Bezirkswahlprogramm gelten – konkret und von der Bezirkspolitik zu beeinflussen.

Unsere Ideen:

Vorweg: Bekämpfung Altersarmut, Renten sichern = > Bundespolitik, Pflegenotstand beenden, HVV: Preise + 9 Uhr > Bürgerschaft, Fortschreibung des SenMitwG zur Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beiräte, u.a. Anhörungspflicht für Fachbehörden bzw. –ämter (> Bürgerschaft)

Im Einflussbereich der Bezirkspolitik:

- Barrierefreies Bauen durchsetzen, wo immer möglich (im Wohnungs-, aber auch im Straßen- und Wegebau!)
- Wohnungstauschmöglichkeiten anbieten: Appell an Genossenschaften, Verpflichtung der SAGA)
- Förderung SeniorInnen-WGs. Mehrgenerationenhäuser durch Bauleitplanung und in Baugenehmigungsverfahren

- Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum, auf Plätze und in Parks nicht nur wieder zulassen, sondern aktiv schaffen
- Nahversorgung erhalten, zur Not über B-Pläne und Mieterschutz für kleine Läden
- Offene dezentrale SeniorInnenarbeit (AWO, LAB und Co.) finanziell absichern, Vorbeugung Vereinsamung durch Angebote in möglichst fußläufiger Entfernung
- Teilhabe an Kultur ermöglichen (> Preise, Ermäßigungen, Einwirkung über Mittelvergabe an kleine Träger möglich)
- Ärztliche Versorgung im Stadtteil sichern (schwierig, da kassenärztliche Vereinigung das Sagen hat, Anreize schaffen)
- Wirksame Kontrollen der Pflegeeinrichtungen (> Personal beim Bezirk!)
- Pflegestützpunkte gut ausstatten, dezentral!
- Fußgänger auch beim Queren von Radwegen schützen
- „Bettelampeln“ endlich abschaffen, ampelgesicherte Überwege nicht durch „Sprunginseln“ ersetzen

Die Arbeitsgemeinschaft trifft sich wieder am **Montag, den 4. Juni um 16:30 Uhr im Stadtteilbüro (GW), Hansaplatz 9, St. Georg**. Alle GenossInnen und Interessierten ab 60 Jahren sind herzlich zur Mitwirkung eingeladen. besel

Für einen angemessenen Gedenkort im Stadthaus

Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift die Einrichtung eines angemessenen und würdigen Gedenkortes in den Stadthöfen.

<https://weact.campact.de/petitions/fur-einen-angemessenen-gedenkort-im-stadthaus-in-hamburg>

Appellieren Sie mit Ihrer Unterschrift an Senat und Bürgerschaft, ihre Verantwortung gegenüber den Opfern des Nazi-Regimes wahrzunehmen und die dafür notwendigen räumlichen, personellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen!



Warum ist das wichtig?

Seit Jahrzehnten schon stiehlt sich die Stadt Hamburg aus ihrer Verantwortung für das Gedenken an die Gräueltaten, die von der Gestapo und der gesamten Hamburger Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus im Stadthaus begangen und auch von dort aus weit über die Grenzen Hamburgs hinaus, organisiert wurden. Und sie stiehlt sich auch aus der Verantwortung für das Gedenken an den Widerstand gegen die NS-Diktatur in der Hansestadt.

Mit dem Kauf des Stadthauses im Jahre 2009 musste sich die Quantum Immobilien AG verpflichten, im Stadthaus auf 750 Quadratmetern einen Gedenk- und Lernort einzurichten, zu finanzieren und dauerhaft zu betreiben. Die Stadt Hamburg und die Quantum Immobilien AG sehen nun ihre mit dem Kaufvertrag eingegangenen Verpflichtungen damit eingelöst, dass an diesem Ort am 2. Mai 2018 eine Buchhandlung mit Café eröffnen und nebenbei auf verbliebenen 70 Quadratmetern einen „Ort der Erinnerung“ mit betreiben soll. Kommerz ist offensichtlich wichtiger als Gedenken.

Alternativen zu dieser „Lösung“ wurden nie ernsthaft erwogen, Verfolgtenverbände, Initiativen oder Museumsexperten wurden erst in die Beratungen einbezogen, als die Verträge schon unterschrieben waren. Deshalb muss Quantum jetzt andere Räume Stadthaus-Komplexes zur Verfügung stellen, denn diese „Lösung“ ist eine Verhöhnung der Opfer des NS-Terrors und ihrer Angehörigen.

Wir fordern daher, dass Senat und Bürgerschaft darauf bestehen, dass die Quantum Immobilien AG ihrer Verpflichtung nachkommt, auf 750 Quadratmetern einen angemessenen und würdigen Gedenkort zu errichten und dass ein geeigneter Träger gesucht wird (z. B. KZ-Gedenkstätte Neuengamme), der den dauerhaften Betrieb übernehmen kann. Quantum und die Freie und Hansestadt Hamburg müssen die dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Initiative Gedenkort Stadthaus

02-06-18 Spielbudenplatz 13:00

mietenmove hamburg

Gemeinsam

für eine andere Wohnraumpolitik

Wir wollen etwas bewegen!

Lasst uns mit Vielen und

vielfältigen Ausdrucksformen

durch die Stadt ziehen!

www.rechtaufstadt.net

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 01.05., 11 Uhr

Mai-Demonstration des DGB
Treff S-Ohlsdorf

Mittwoch, 02.05., 17.30 Uhr

Internationale Kundgebung vor dem Stadthaus: Für ein würdiges Gedenken
Stadthausbrücke 8a (s. auch S. 13)

Mittwoch, 02.05., 18:30 Uhr

Treffen der BO Billstedt
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 02.05., 19:00 Uhr

Veranstaltung mit Vertreter/in von ICAN zur Abschaffung von Atomwaffen
Kaffeewelt, Böckmannstraße (s.S. 5)

Sonntag, 06.05.,

„Der junge Marx“, Filmvorführung im Fraktionsbüro Borgfelder Straße 83

Montag, 07.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 16.05. 18 -22 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung zur Vorbereitung des Landesparteitags
Kaffeewelt, Böckmannstraße 2

Mittwoch, 16.05., 19:00 Uhr(?)

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 24.05., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Klosterwall 4, Sitzungssaal 1.OG

Samstag/Sonntag, 26./27.5.

1. Tagung des 6. Landesparteitags
Besenbinderhof 57 a, Musiksaal

Montag, 28.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Juni 2018

Montag, 04.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 06.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 06.06. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Montag, 18.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.06., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Bitte beachtet auch die Termine im Inneren dieser Ausgabe.

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Marvin Deutschländer		
Alexander Götz (Schatzmeister)		
Theresa Jakob		
Eva Rosanski		
Antje Schellner		
Marinus J. Stehmeier		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX